

Bildung : Schweizer Unis unterwegs nach Europa

Autor(en): **Eichenberger, Isabelle**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **31 (2004)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909998>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizer Unis unterwegs nach Europa

Mit dem Bologna-Prozess und der Harmonisierung der Studiengänge soll ein «europäischer Hochschulraum» entstehen. Die Schweiz nutzt die Gelegenheit für eine Neuordnung des höheren Bildungswesens. Die Mobilität der schweizerischen und ausländischen Studenten in der Schweiz und in ganz Europa soll gefördert werden, mit positiven Auswirkungen auch auf die Beschäftigung. Nur, wer soll das bezahlen?

ISABELLE EICHENBERGER

DIE HOCHSCHULBILDUNG sei ein vorrangiges Anliegen des Bundesrates, erklärte im Dezember Pascal Couchepin, oberster Bildungspolitiker unseres Landes. Das zeigt sich schon bei dem gewaltigen Prozess, den die Bildungsminister von 29 europäischen Staaten 1999 in Bologna in Gang gebracht haben. Für die Schweiz hat Charles Kleiber, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, den Text paraphrasiert. Die «Bologna-Deklaration» – so genannt nach dem symbolträchtigen Ort ihrer Unterzeichnung, der ältesten Universität Europas – schafft ein System leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, einen «europäischen Hochschulraum», in dem sich Studenten und Dozenten frei bewegen sollen. Ziel ist die Beschäftigungsförderung. Zu Gunsten der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hochschullandschaft werden



Schweizer Hochschulen wollen der Mobilität gerecht werden.

Sonderrollen und Hochschulhoheit zurückgestutzt. Eine gewisse «typisch europäische» (und umso mehr schweizerische) Verschiedenartigkeit bleibt dabei allerdings erhalten. Zudem sollen Kriterien zur Evaluation der Qualität aufgestellt und die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen soll gefördert werden. Kurz und gut: Bis zum Jahr 2010 müssten die Absolventen aller europäischen Universitäten die gleichen Abschlüsse erlangen – zur besseren Orientierung ihrer zukünftigen Arbeitgeber.

Musterschülerin Schweiz

Mit der Umsetzung der Bologna-Deklaration beauftragte der Bund die Schweizerische Universitätenkonferenz (SUK, bestehend aus den Verantwortlichen für den Hochschulbereich). Diese delegierte wiederum die Koordinierung der Reform an die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS, ehemals Hochschulrektorenkonferenz). Am 4. Dezember letzten Jahres, nach einem zweijährigen Vernehmlassungsverfahren mit heftigen Diskussionen, erliess

die SUK einstimmig die «Richtlinien für die koordinierte Erneuerung der Lehre an den universitären Hochschulen der Schweiz im Rahmen des Bologna-Prozesses», kurz «Bologna-Richtlinien».

Lizenziat und Diplom werden durch zweistufige Studiengänge ersetzt. Die erste Stufe, das dreijährige Bachelorstudium, gilt der Grundausbildung im gewählten Bereich. Nach weiteren zwei Jahren wissenschaftlicher Fachvertiefung an einer aufgrund ihrer Qualität gewählten Hochschule erfolgt dann der Master-Abschluss. Die Ausgestaltung des Doktoratsstudiums (drei Jahre) bleibt den einzelnen Instituten überlassen. Grundlage der neuen Studiengänge ist ein System von Kreditpunkten (European Credit Transfer System, ECTS) zur Messung des Arbeitsaufwandes in einem Studienjahr. Ein Kreditpunkt entspricht einer Studienleistung von 25 bis 30 Arbeitsstunden. Für den Bachelor sind 180 Kreditpunkte erforderlich, für den Master 90 bis 120. Jean-Marc Rapp, Präsident der CRUS, ist begeistert: «Alle Hochschulen werden gegenüber Stu-

dent, Dozenten und zukünftigen Arbeitgebern dieselbe Sprache sprechen, alle in derselben «Währung» rechnen. Das ist so etwas wie ein Euro für die Universitäten.»

Zehn Jahre wird die Umstellung dauern, schätzt Rudolf Nägeli, Leiter der Bologna-Koordination bei der CRUS. «Zwei Jahre lang mussten wir um einen politischen Kompromiss ringen, doch heute gehört die Schweiz zur Spitzengruppe!» Die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Für die Universitäten mit ihren komplexen Hierarchien wird es schwieriger. Einige – wie Sankt Gallen, Zürich, Basel, Luzern und Tessin – haben dennoch Änderungen vorgezogen, ohne auf die Richtlinien zu warten. In Bern und Freiburg sind bereits mehrere Studiengänge angepasst worden. Schliesslich ist man auch im «goldenen Dreieck» Genf – Waadt – Neuenburg über den eigenen Schatten gesprungen. Noch in diesem Sommer sollen in Sankt Gallen und Basel die ersten Bachelors gekürt werden.

Doch das Wesentliche fehlt noch, meint Rudolf Nägeli, denn die Richtlinien sind sehr allgemein gehalten: «Bis 2005 müssen alle Hochschulen die Planung abschliessen und die Studienreglemente festlegen, die ab 2010 für sämtliche Fächer gelten sollen.» Das Schwierige dabei ist, diese Reglemente so zu kombinieren, dass spezialisierte Masterstudiengänge ermöglicht werden. «Jedes Institut hat seine eigenen Traditionen. Das Gesetz aber muss genau sein», führt Rudolf Nägeli aus. Vorerst gilt es, die Studenten zu überzeugen. Im Januar demonstrierten in Basel 2500 Personen gegen den Abbau von drei Studienbereichen und weitere Kürzungen. Noch ist das Spiel nicht gewonnen.

Politische Reformen

Im Zuge dieser Erneuerungen sind die politischen Behörden entschlossen, den gesamten Hochschulbereich mit den beiden ETH, zehn Universitäten und sieben Fachhochschulen (FHS) zu harmonisieren, wie aus der Botschaft des Bundesrates zur Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 hervorgeht. Für 2008 ist eine umfassende Gesetzesrevision geplant. «Das neue Gesetz soll die Rahmenbedingungen für den gesamten Hochschulbereich festlegen, nicht nur für die Universitäten», erklärt Jean-Marc Rapp. Dazu möchte Pascal Couchepin die SUK, den ETH-Rat und den Schweizerischen Fach-

hochschulrat unter einem einzigen Dach vereinen. Dieses Projekt, ein «Regierungs-Instrument für die gesamte Hochschulbildung» zu schaffen, verleiht der «Bildungslandschaft 2008» Gestalt.

Probleme bereitet hauptsächlich der Übertritt vom Bachelor- zum Masterstudiengang. Die Studenten gehen davon aus, dass sich viele aus wirtschaftlichen und akademischen Gründen mit dem Bachelor begnügen könnten. Gemäss den Bologna-Richtlinien ist der Übertritt «zu den Masterstudiengängen in der entsprechenden Fachrichtung ohne zusätzliche Anforderungen» auch im Falle eines Hochschulwechsels gewährleistet. Doch «für die Zulassung zu spezialisierten Masterstudiengängen» sind zusätzliche Anforderungen erlaubt. Die Studenten befürchten daher eine verschärfte Selektion, wenn nicht gar einen Numerus clausus. Der Übertritt vom FHS-Bachelor zum Masterstudiengang einer Universität stellt eine weitere Schwierigkeit dar.

Schärfere Konkurrenz

Die Universitäten wiederum müssen ihren Universalitätsanspruch aufgeben, das heisst auf einzelne Bereiche verzichten und die gegenseitige Zusammenarbeit intensivieren.

Das geschieht bereits im «Triangle d'Azur», dem Koordinationsprojekt dreier französischsprachiger Universitäten, die ihr jeweiliges Lehrangebot im Grundstudium beibehalten, sich aber im postgraduierten Bereich ergänzen und so die Palette erweitern. Es gibt aber auch Stimmen, die vor einem übermässigen Wettbewerb (um Studenten, Kredite, Privatmandate usw.) warnen. Das hat auch Bundesrat Couchepin erkannt: «Wir dürfen die Spezialisierung nicht auf die Spitze treiben. Aber man darf das Fächerangebot auch nicht so stark ausweiten, dass es nicht mehr zu bewältigen ist», erklärte der Schweizer Innenminister gegenüber der welschen Tageszeitung «Le Temps».

Eine Rangliste der Hochschul institute könnte bei der Rationalisierung vielleicht hilfreich sein. Der Vorschlag ist umstritten. Doch Swissup, unter der Trägerschaft von economiesuisse, will dieses Tabu brechen und hat ein Hochschul-Ranking in Zusammenarbeit mit dem «Centrum für Hochschulentwicklung» in Deutschland aufgestellt – und das mit dem Segen der CRUS. Sollte es letzterer gelingen, die Schweizer zu einer transparenten Zusammenarbeit zu bewegen, könnten die Studenten ab 2005 ihre Wahl mit Hilfe einer

Angst vor Zweiklassensystem

Ein Studie aus Wirtschaftskreisen sorgte im Januar für einen Wirbel in der akademischen Welt. Die vom Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft (AKW), von Avenir Suisse und economiesuisse vorgeschlagenen «Neuen Wege zur Hochschulfinanzierung» sehen eine Erhöhung der jährlichen Studiengebühren von heute durchschnittlich 1300 auf 5000 bis 7000 Franken vor. Die Schweiz gehöre zu den Ländern Europas mit den tiefsten Studiengebühren, mit einem Kostendeckungsgrad von nur 3 Prozent. Die Gebührenerhöhung hätte Mehreinnahmen von 500 Millionen Franken zur Folge. Um jedoch eine Verschärfung der sozialen Unterschiede zu vermeiden, wären mehr staatliche Studiendarlehen erforderlich: zinsfrei oder zu 5 Prozent (gegen 11 Prozent bei den Banken). Nach Abzug dieser Kosten verblieben noch 400 Millionen Franken zur Verbesserung des Bildungsbudgets. Diese zwölfprozentige Steigerung reicht laut AKW für 800 neue Professuren.

Die CRUS hat dazu nicht offiziell Stellung genommen. Doch Raymond Werlen ist vorsichtig: «Das ist ein heikles Unterfangen. Es besteht das Risiko, dass die Kantone ihre Beiträge kürzen. Eine einfache Überwälzung vom Staat auf die Eltern bringt nichts und kann schwer wiegende Probleme schaffen: beispielsweise eine Verringerung der Chancengleichheit.» Die Studenten ihrerseits befürchten eine «Privatisierung» und ein Zweiklassensystem. Drei Viertel von ihnen müssten neben dem Studium arbeiten, erwidern sie; wenn «Bologna» einen rascheren Rhythmus vorgebe, bestünden dazu aber geringere Möglichkeiten. «Die vorgeschlagenen Darlehen decken kaum die Gebühren ohne Berücksichtigung der Lebenskosten», protestiert Caroline Gisiger, Co-Präsidentin des VSS. Zudem macht sie sich Sorgen, dass die Studenten, um ihre Schulden zu begleichen, ihre Ausbildung nach den beruflichen Einkommensaussichten statt aufgrund ihrer Fähigkeiten und Neigungen wählen könnten.

IE

Übersetzt aus dem Französischen.

Rangliste der deutschen, österreichischen und schweizerischen Hochschulen für jedes einzelne Fach treffen.

Wer bezahlt?

Das Parlament hat 2003 einer Erhöhung der Bundesbeiträge an die Hochschulen für die Jahre 2004 bis 2007 um 4,75 Prozent auf 17 Milliarden Franken zugestimmt. Die Zahl der Studenten hat sich allerdings seit 1980 auf 125 000 verdoppelt. Diese Entwicklung dürfte sich weiter fortsetzen, obschon die Schweiz mit einer Akademikerquote von nur 19 Prozent weit unter dem OECD-Durchschnitt von 41 Prozent liegt. Wenn einmal feststeht, wie die Studiengänge durch den Bologna-Prozess verlängert und gestrafft werden, wird sich die Finanzierungsfrage noch verschärfen.

Laut dem stellvertretenden CRUS-Generalsekretär Raymond Werlen ist für die ersten vier Jahre ein Betrag von insgesamt 30 Millionen Franken für die Bologna-Initialkosten der zehn kantonalen Universitäten freigemacht worden. Wie es danach weitergeht, ist schleierhaft. «Die Betriebsmehrkos-

ten sind schwer abzuschätzen, denn wir stehen ja erst am Anfang. Die Rede ist jedoch von jährlich 200 Millionen Franken, für die noch keine Finanzierung besteht», fügt Werlen hinzu. Die Universität Sankt Gallen hat das Bologna-System eingeführt, ohne die Richtlinien abzuwarten, und ihr Budget ist um 10 Prozent gewachsen. Woanders spricht man von 15 Prozent. Und das ist nur der Anfang.

Wirtschaftskreise versuchen ihrerseits seit langem, die Studenten zu Kasse zu bitten. Diese hätten schliesslich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und könnten mit einem guten Einkommen rechnen. Charles Kleiber meint dazu, Bildung sei zwar eine öffentliche Dienstleistung, «aber nicht unbedingt eine unentgeltliche». Der Staatssekretär ist nicht grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Studiengebühren, insbesondere für den Masterstudiengang, «aber nur unter der Bedingung, dass erst ein System von Stipendien und Darlehen errichtet wird», wie er mehrfach betont hat. Dabei sei wünschenswert, dass die Hochschulen eine allfällige Gebührenerhöhung koordiniert auf

2008 vornehmen, wenn das neue Stipendienwesen des Bundes die untauglich gewordenen kantonalen Systeme ersetzt.

Raymond Werlen von der CRUS verhehlt seine Bedenken nicht: «Bis 2010 werden alle Studiengänge «bolognakompatibel» sein – wenn die Finanzierung klappt. Wenn Faktoren wie die laufenden Entlastungsprogramme und die katastrophale Finanzlage einzelner Kantone die Bedingungen weiter verschärfen, könnte der gesamte Prozess wieder in Frage gestellt werden.» Jean-Marc Rapp pflichtet ihm bei: «Die Unterstützung muss nicht nur verbal, sondern auch finanziell erfolgen, das ist wichtig. Die Schweiz muss die Chance erhalten, sich zu einem erstklassigen Hochschulplatz zu entwickeln. Denn vergessen wir nicht: In unserem rohstoffarmen Land ist das eine der ganz wenigen Wachstums- und Wohlstandsperspektiven.» In einem Punkt sind sich alle Beteiligten einig: Das Stipendienwesen muss verbessert werden. ☛

Übersetzt aus dem Französischen.

Chancengleichheit in Gefahr?

Der Bologna-Prozess verspricht den Studenten eine höhere Studienqualität, mehr Mobilität und mehr Chancengleichheit. Caroline Gisiger, Co-Präsidentin des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS), würde noch so gerne daran glauben.

CAROLINE GISIGER ist verärgert: «Man hat uns zwar bei der Erarbeitung der «Richtlinien» um unsere Meinung gebeten, aber viele unserer Vorschläge sind nicht berücksichtigt worden. Wir fühlen uns miss-

braucht: Man fragt uns, aber man hört uns nicht zu!»

Anlass zur Sorge geben die zusätzlichen Anforderungen, welche die Universitäten beim Übergang vom Bachelor zu einem spezialisierten Masterstudiengang stellen könnten. Eine Form der Selektion, befindet die Co-Präsidentin des VSS, und fügt hinzu: «Was die Studienqualität betrifft, so werden strengere Vorgaben die Studiengänge bestimmen; die Zahl der möglichen interdisziplinären Fächerkombinationen wird schrumpfen. Hauptsächlich hoffen wir aber auf möglichst grosszügige Zulassungskriterien zum Masterstudiengang, damit die versprochene Mobilität auch gewährleistet bleibt. Spezialisierte Masterstudiengänge sollten eine Ausnahme bleiben und nicht eine Gelegenheit, den Numerus clausus und die Zweiklassengesellschaft in der Bildung einzuführen.»

Letztlich hängt der Erfolg von «Bologna» jedoch vom Geld ab. Deshalb machen sich die Studenten für eine Verbesserung des Sti-



Caroline Gisiger setzt sich ein für die Rechte der Studenten

pendiensystems stark. Sonst ist die Chancengleichheit nicht mehr gewährleistet, meint Caroline Gisiger: «Die Reform geht von einem Vollzeitstudium aus; 75 Prozent der Studenten arbeiten jedoch nebenbei, ein Drittel davon, um die Lebenshaltungskosten zu finanzieren.» IE

Übersetzt aus dem Französischen.